

DIE KEHRSEITE VON "AMERICA FIRST"

Starker amerikanischer Druck: Nord Stream 2 vor dem Aus?

Von EUGEN PRINZ | Über den US-Präsidenten wird viel geschrieben und gesagt – und meist nichts Gutes. Aber eines muss man Donald Trump lassen: Er tut alles, um sein Wahlversprechen „America first“ zu erfüllen. Seither blicken in Deutschland viele Patrioten neidvoll auf die Amerikaner, die nicht mit einer Regierung geschlagen sind, die das Wohl ihres Staatsvolkes mit Füßen tritt.

Sehr zu unserem Leidwesen überschreiten unsere Freunde und Verbündeten jenseits des großen Teiches jedoch immer öfter eine rote Linie mit der Aufschrift „Das tut man nicht“. Diesen Umstand bekommen wir insbesondere bei Nord Stream 2 zu spüren, einer kurz vor der Fertigstellung stehenden Unterwasser-Gaspipeline, die parallel zu der bereits bestehenden Nord Stream-Leitung in zwei Röhren russisches Erdgas durch die Ostsee nach Deutschland transportieren soll.

Nord Stream 2 hat viele Gegner

Außer den USA, der Ukraine und den meisten EU-Staaten ist auch noch der Fraktionsvorsitzende der EVP im europäischen Parlament, Manfred Weber (CSU), ein erklärter Gegner von

Nordstream 2 (PI NEWS berichtete).

Jeder der Beteiligten hat andere Beweggründe: Die Amerikaner möchten, dass wir statt des russischen Erdgases (rettet den Genitiv!) ihr mittels Fracking gewonnenes, teures Flüssiggas kaufen, das mit Schweröl betriebenen Riesentankern unter enormer Umweltbelastung über den großen Teich gekarrt wird (PI NEWS berichtete). Den Amerikanern geht es also darum, eine unliebsame Konkurrenz auszuschalten und den geopolitischen Kontrahenten Russland zu schwächen. Die Ukraine als derzeitiges Gas-Transitland möchte weiterhin maximale Einnahmen aus den Durchleitungsgebühren und bei Bedarf auch mal etwas davon illegal abzapfen, wie sie es in der Vergangenheit schon praktiziert hat. Und die osteuropäischen und baltischen EU-Staaten hegen aus den Zeiten der Sowjetunion noch ein tiefes Mißtrauen (um nicht zu sagen: Angst und Abneigung) gegen Russland. Manfred Weber hingegen möchte Präsident der EU-Kommission werden. Indem er ebenfalls gegen Nord Stream 2 Stellung bezieht, erhofft er sich die Unterstützung der osteuropäischen Länder bei der Besetzung dieses Postens. Dass er damit seinem eigenen Land in den Rücken fällt, schert den CSU-Politiker wenig.

Mit allerlei Kompromissen ist es Deutschland bisher gelungen, das von der Phalanx der Gegner gewünschte Aus des Projekts zu verhindern. Über 1000km der insgesamt 1200km langen Gasleitung sind bereits verlegt. Nach ursprünglicher Planung wäre sie bis Ende des Jahres fertig geworden. Inzwischen ist dieser Termin jedoch geplatzt, da die Amerikaner mit aller Kraft daran arbeiten, das Projekt noch auf der Zielgeraden zum Scheitern zu bringen.



Die 2011 fertiggestellte Nord Stream Gaspipeline. Nord Stream 2 soll weitgehend parallel dazu verlegt werden.

US – Sanktionen für alle beteiligen Firmen

Bei einem Besuch in der Ukraine kündigte der US-Energieminister Rick Perry an, dass Präsident Donald Trump in Kürze ein Gesetz unterzeichnen wird, das Strafen für alle an Nord Stream 2 beteiligten Unternehmen vorsieht. US-Sanktionen sind sogar gegen Unternehmen geplant, die Versicherungen für das Pipelineprojekt anbieten. Im Arsenal der Amerikaner finden sich zudem Folterwerkzeuge wie das Einfrieren von Konten und Einreisesperren für die Führungskräfte der *Swiss Allseas Group* und der italienischen Firma *Saipem*, deren Spezialschiffe die unterseeischen Röhren verlegen und schwer zu ersetzen sind. Hier ist insbesondere die „Pioneering Spirit“ zu nennen, die speziell für Verlegung großer Pipeline-Systeme ausgelegt ist.



Die „Pioneering Spirit“ des schweizer Offshore-Dienstleisters Allseas ist das größte Arbeitsschiff der Welt. Es verlegt derzeit die Röhren für Nord Stream 2.

Auch Dänemark steht unter US-Druck

Zudem üben die Amerikaner auch Druck auf Dänemark aus, dessen Hoheitsgewässer von Nord Stream 2 ebenfalls tangiert ist. Obwohl bereits vor zwei Jahren ein entsprechender Antrag gestellt wurde, hat das Land bisher noch keine entsprechende Genehmigung erteilt. Neben dem Druck aus den USA dürfte hier auch die Tatsache eine Rolle spielen, dass Dänemark und Polen inzwischen eine eigene Erdgasleitung namens Baltic Pipe planen, die norwegisches Erdgas nach Polen transportieren soll. Diese Pipeline würde dann in Konkurrenz zu den Nord-Stream-Leitungen stehen. Es ist gegenwärtig völlig offen, wie die neue dänische Regierung im Fall von Nord Stream 2 entscheiden wird. Für das kleine Land wird es sicherlich schwierig sein, sich dem Druck aus den USA zu widersetzen, falls überhaupt die Absicht dazu besteht.

Inzwischen ist die zweite Jahreshälfte 2020 als Termin für die Fertigstellung geplant. Das ist bereits ein erster Etappensieg für die Amerikaner. Denn zum Jahresende 2019 läuft ein Transitvertrag mit der Ukraine aus. Wäre zu diesem Zeitpunkt Nord Stream 2 bereits fertiggestellt gewesen, hätte das die

russische Verhandlungsposition gestärkt. Durch die Verzögerung sitzen nun die Ukrainer am längeren Hebel.

Auch bei Fertigstellung von Nord Stream 2: Die Ukraine bleibt im Rennen

Bislang werden etwa 50% der russischen Erdgaslieferungen für den europäischen Markt durch die Ukraine transportiert. Das bringt der ehemaligen Sowjetrepublik und jetzigem Oligarchen-Staat, der mit aller Macht in die EU strebt, jedes Jahr etwa zwei Milliarden US-Dollar an Durchleitungsgebühren ein. Mit einer jährlichen Kapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Erdgas würde es Nord Stream 2 den Russen erlauben, einen Großteil der Gaslieferung in Richtung Westen unter Umgehung Polens und der Ukraine abzuwickeln. Die dadurch sinkenden Gebühreneinnahmen wären für die chronisch klamme Ukraine sehr unangenehm.

Allerdings ist nicht damit zu rechnen, dass man auf die durch die Ukraine führenden Transferleitungen vollkommen verzichten kann. Der russische Gasversorger Gazprom hat im Jahr 2017 sagenhafte 194 Milliarden Kubikmeter Erdgas nach Mittel- und Westeuropa sowie in die Türkei geliefert. Diese Mengen können mit Nord Stream alleine nicht bewältigt werden, umso mehr, da in Deutschland wegen der unsäglichen Energiewende ein weiter steigender Bedarf zu erwarten ist. Außerdem verfügt die Ukraine über bedeutende Speichermöglichkeiten für das Erdgas, mit der sich Versorgungsspitzen auf dem europäischen Markt abfedern lassen.

Zehn Milliarden in den Sand gesetzt?

Sollte es den Amerikaner gelingen, Nord Stream 2 auf der Zielgerade noch zu stoppen, dann hat das an dem Projekt beteiligte russisch-europäische Konsortium (Gazprom, die BASF-Tochter *Wintershall*, der österreichische Mischkonzern *OMV*, die Eon-Abspaltung *Uniper* sowie die *Royal Dutch Shell* und die französische *Engie*) etwa 10 Milliarden US-Dollar in den Sand

gesetzt.

In diesem Fall würden allerdings künftig Warnungen vor Russland aus amerikanischen Mund wie Hohn klingen. Von Russland wurden wir noch nie genötigt. Und selbst in Zeiten bilateraler Spannungen erfolgten die Gaslieferungen von dort immer pünktlich, zuverlässig und preiswert, wenn die Ukraine nicht gerade wieder illegal Erdgas abgezapft hat, das für die EU bestimmt war.

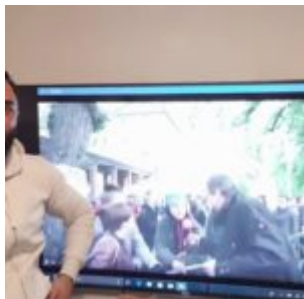
Sich in übermäßige Abhängigkeit vom amerikanischem Flüssiggas zu begeben, erscheint angesichts des derzeitigen volatilen Verhaltens der US-Regierung grob fahrlässig. Es sollte unseren Freunden und Verbündeten über dem großen Teich zu denken geben, dass der Autor als Endverbraucher bei Wahlfreiheit gegenwärtig russische Lieferungen vorziehen würde, was die Versorgungssicherheit betrifft. Was den Gaspreis und die Umwelt angeht, sowieso.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.



Iranischer Ex-Moslem über Naivität linker Gutmenschen zum Islam

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Der ehemalige Moslem Amir, der aus dem Iran stammt und mittlerweile zum Christentum konvertiert ist, kommentiert in diesem Video die „Gespräche junger linker Gegendemonstranten“, die ich in Weimar mit Gegendemonstranten der „Patrioten für Deutschland“-Kundgebung führte. Mein Originalvideo, das ich am 8. Mai veröffentlichte, erfreut sich auf Youtube großer Beliebtheit und hat bereits nach einem Monat fast 300.000 Zuschauer.

Amir besitzt ein großes Wissen über den Koran sowie die Sunna und ist geradezu fassungslos über die schier grenzenlose Naivität dieser jungen linken Gutmenschen zum Islam. Er kommentierte dies mit einem Live-Video, das auch schon über 125.000 Zuschauer gesehen haben. Ich kürzte es etwas (*oben*), um es auch auf meinem Kanal einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Es ist geradezu eine Wohltat, mit welcher geistiger Klarheit, gesundem Menschenverstand und präzisen Formulierungen Amir das Gefasel der jungen Gegendemonstranten

zerpflückt. Leider sind diese Linken aus Weimar keine „Einzelfälle“, sondern stehen symptomatisch für weite Teile der gehirngewaschenen deutschen Jugend.

Amir zeigt schnörkellos auf, was unserer noch freien Gesellschaft droht, wenn diese totalitäre Polit-Ideologie im Gewand einer Religion mit ihren gefährlichen und demokratiefeindlichen Bestandteilen bei uns erst einmal in Machtpositionen kommt. Die Frauenfeindlichkeit des Islams bringt er in einem Satz auf den Punkt: *„Eine Religion von einem Mann für den Mann“*. Amir begreift nicht, wie im Land der Dichter und Denker bei vielen jungen Menschen solch riesiges Unwissen, Ahnungslosigkeit, Blauäugigkeit, Naivität und Faktenresistenz vorherrschen kann.

Die massenhafte Indoktrination linksgrün-dominiierter Medien für eine kompromisslose Willkommens-Kultur und totale Toleranz hat in Deutschland ganz offensichtlich ihr zersetzendes Werk vollbracht und die logische kritische Denkfähigkeit fast völlig zerstört. Die fatalen Ergebnisse laufen bei jeder Patrioten-Demo auf der Gegenseite herum und plärren ihre eingehämmerten Links-Slogans wie batteriebetriebene Spielzeugpuppen herunter.

Die ideologischen Betonmauern, die den Blick auf die ungeschminkte Wahrheit versperren, müssen rückstandslos beseitigt werden. Amir ist als Ex-Moslem aus einem fundamental-islamischen Land ein wichtiger Baustein dieser Aufklärungskampagne, dem hoffentlich noch weitere folgen werden. Bürger mit Islam- und Migrationshintergrund sind ungeheuer wichtig, um die Glaubwürdigkeit der islamkritischen Bewegung zu verstärken und auch die gebetsmühlenhaft vorgetragene idiotischen „Rassismus“- , „Nazi“- und „Ausländerfeindlichkeits“-Vorwürfe ad absurdum zu führen.

Prominente Aufklärer wie Hamed Abdel-Samad, Imad Karim, Barino Barsoum, Necla Kelek, Laila Mirzo und Schwester Hatune erhalten von solchen Bürgern wie Amir, die von der Basis

kommen, eine wichtige Unterstützung bei der Mammutaufgabe, die Bevölkerung umfassend zu informieren. Damit die Menschen endlich erfahren, welche existentieller Gefahr sie ausgesetzt ist, denn das ahnen in dem vollen Umfang bisher nur ganz wenige.

Der Youtube-Kanal von Amir heißt „Ex-Muslime klären auf-TV“ und hat bisher 47.264 Abonnenten. Dieser hochinformativ Kanal ist es wert, bald die 50.000-er Marke zu überspringen.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.



Vorbild Dänemark: Deutsche Sozis wollen auch „hyggelig“ werden

Von ALSTER | Wie schon in den Umfragen vorausgesagt und bei PI-NEWS beschrieben, wird es einen Regierungswechsel in Dänemark geben. Die Sozialdemokraten mit ihrem roten Block stellen die Mehrheit gegenüber dem bürgerlichen blauen Block. Die Vorsitzende der Sozialdemokraten, Mette Frederiksen, strebt eine Minderheitsregierung an. Aus dieser Position heraus will sie für sozial- und wirtschaftspolitische Themen Unterstützung im linken Lager und für innen- und migrationspolitische Themen im rechten Lager suchen. Die Regierungsbildung wird durch das Erstarben der links-grünen Parteien in ihrem roten Block nicht leicht werden.

Der Strategiewechsel der Mette Frederiksen

Frederiksen hatte die Sozialdemokraten 2015 übernommen und die Partei seither auf einen völlig neuen Kurs ausgerichtet. Sie hat die Sozialdemokraten in der Wirtschaftspolitik nach links – und in der Migrationspolitik nach rechts gerückt. Von ihr stammt der Satz: „Für mich wird immer klarer, dass die unteren Schichten den Preis zahlen für ungezügelter Globalisierung, Masseneinwanderung und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer.“ Noch Anfang der 2000er-Jahre war Frederiksen glühende Anhängerin einer humanen Flüchtlingspolitik. Sie kritisierte die Ausländerpolitik Dänemarks als „härteste in ganz Europa“.

Doch inzwischen habe sie ganz einfach bemerkt, dass in Dänemark 75 Prozent für eine harte Ausländerpolitik sind, sagte sie einmal zu ihrem 180 Grad-Gesinnungswandel. Zudem hält Frederiksen den Islam für „eine Integrationsbarriere“. So entschärfte sie die rechtspopulistische Dänische Volkspartei (DF), indem sie die restriktive Migrationspolitik kopierte. Die Rechnung ging auf. Der DF-Stimmenanteil halbierte sich im Vergleich zur Vorwahl auf knapp zehn Prozent.

Die politische Romanze des DF-Chefs mit Frederiksen

Mette Frederiksen hat die regierungspolitischen Entscheidungen über weniger Zuwanderung aus nicht-westlichen Ländern, Arbeitspflicht für anerkannte Flüchtlinge und mehr Abschiebungen unterstützt. Dazu trat die Genossin gerne öffentlich mit dem Parteichef der „fremdenfeindlichen“ Dänischen Volkspartei, Kristian Thulesen Dahl, auf und betonte die Gemeinsamkeiten beider Parteien. Irritiert mussten nicht nur DF-Wähler beobachten, dass Dahl Frederiksen nicht nur für ihren Ausländerkurs lobte, sondern gelegentlich mit ihr frühstückte. So hat sich Mette Frederiksen ihren Weg zur Staatsministerin gebahnt. Nach der Wahl kündigte Thulesen Dahl eine harte Linie gegen Mette Frederiksen an.

Möchten Gabriel und Oppermann auch mit Weidel frühstücken?

Einige der sich im Überlebenskampf als Volkspartei befindlichen deutschen Genossen wünschen sich für die SPD auch so ein Erfolgserlebnis. So fordert Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel einen Kurswechsel seiner Partei und eine robuste Asylpolitik nach dänischem Vorbild. Ob er einen Besuch in Heidenau plant, um sich für seine Ausfälle gegen Asylkritiker, die er als „Pack“ und Mob bezeichnete, das man wegsperren muss, zu entschuldigen, ist nicht bekannt. Auch Bundestags-Vize Thomas Oppermann plädiert für „Migrationspolitik mit knallharten Regeln“. Regeln hat er in der Edathy-Affäre nie eingehalten.

Wie sollen die beiden Opportunisten künftig nur mit der AfD

umgehen, die sie bisher bis aufs Messer bekämpft haben? Denn so haben sich die dänischen Genossen nicht gegen die sogenannten Rechtspopulisten verhalten – nicht einmal, als diese noch als nicht „stubenrein“ betitelt wurden. Allerdings ist der SPD-Vize Ralf Stegner weiterhin dafür, dass man Positionen und Personal der Rechtspopulisten attackiert. Der Preis für einen „gesellschaftspolitischen Rechtskurs“ sei zu hoch.

Man kann sich wahrlich schwer vorstellen, dass Weidel und ihre Kolleginnen in der AfD mit solchen Typen frühstücken würden. Für die Dänische Volkspartei und die AfD gilt gleichermaßen: Romanzen können gefährlich werden.



Importierte Dresdner CSD-Chef per Asyl „Frischfleisch“?

Von KEWIL | Dem schwulen Dresdner Christopher-Street-Day-Chef Ronald Zenker, der gleichzeitig „Landeskoordinator für queere Flüchtlinge“ ist, wird vorgeworfen Sex mit Schutzbefohlenen gehabt zu haben.

So hatte Zenker Schlüssel in die Zimmer und Wohnungen der jungen Flüchtlinge und bediente sich anscheinend öfters. Tatjana Festerling, die einst für den Dresdner OB-Sitz kandidierte, meldet das drastischer:

Warum durchblicken denn viele Leute die linke und grüne Salami-Taktik nie und nimmer? Heute die Kreuzfahrten behindern und abschaffen, morgen Flüge und Flughäfen, übermorgen dein Auto! Gestern noch Freiheit, morgen finanzielle Ausplünderung, übermorgen Enteignung und Sklaverei – natürlich für ein hohes Ziel: damit die Zugspitze nicht in der Ostsee ersäuft.

So funktioniert das, und so wird es kommen, wenn ganz Deutschland mit linksgrünen Hasenfüßen wie dem Kieler CDU-Ministerpräsidenten Daniel Günther durchwachsen ist.

Und wenn – wie jetzt – Kreuzfahrtpassagiere immer noch bei der Buchung automatisch Klima-Ablässe an dubiose grüne Vereine abdrücken, um ihr gehirngewaschenes Gewissen zu beruhigen. Einfach während der Kreuzfahrt an die Kasse gehen und den Schwindel streichen lassen!

(Hier die Kieler Nachrichten zum Kreuzfahrt-Stopp!)



Bund finanziert weltweit Schwule, Lesben und Diverse

Die Bundesregierung hat weltweit in den vergangenen zehn Jahren mehr als einhundert Projekte gefördert, die ausschließlich LGBTI-Interessen (Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Transgender, Intersexual) gewidmet waren. Dafür wurden vom Steuerzahler etwa fünf Millionen Euro

bereitgestellt. Die Daten gehen aus einer kleinen Anfrage der AfD an die Bundesregierung hervor.

Insgesamt ist dabei die Zahl der geförderten Projekte innerhalb der vergangenen drei Legislaturperioden der Großen Koalition stark gestiegen. Im Jahr 2017 gab es bereits 27 Ausschüttungen, unter anderem in Nordafrika, Osteuropa und Asien.

Finanziert wurden auch mehrere Homosexuellen-Umzüge («Pride-Paraden») in Lettland, Serbien und Spanien. Nach Auskunft des Auswärtigen Amts hätten sich deutsche Botschaften in den vergangenen Jahren an Pride Paraden unter anderem in Bulgarien, Israel, Griechenland, Italien und Rumänien beteiligt. Für die deutsche Regierung reiste dafür regelmäßig der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), an.

(Gekürzt aus Freie Welt!)



17. Juni: Zeichen setzen gegen Neosozialismus & Ökokommunismus

Von ROLAND | Am nächsten Montag feiern wir wieder den 17. Juni, unseren alten schwarzrotgoldenen Nationalfeiertag.

Halten wir diesen Tag in Ehren, feiern wir ihn gemeinsam mit politischen Freunden: Nie wieder Sozialismus! Niemals Ökokommunismus!

Nehmen wir uns diesen Tag frei, setzen wir ein Zeichen gegen die Einpeitscher des Zombie-Sozialismus, Kühnert & Co., die mit ihrem Neosozialismus die Gespenster der Vergangenheit aus der Gruft holen. Setzen wir ein noch deutlicheres Zeichen gegen die Habecks und Annalenas, die uns ihren Ökokommunismus als letzten Schrei verkaufen und schon wieder anfangen, vom Verzicht zu predigen. Verzicht, Armut, Unfreiheit – das kennen wir alles schon von Margot Honecker, liebe Annalena!

Es sind genau die gleichen Typen, die da wieder nach der Macht greifen, die wir aus der Geschichte schon mehr als genug kennen: akademische Besserwisser, die noch nie ernsthaft gearbeitet haben, aber das Volk belehren wollen. Diese Leute haben uns schon früher das Blaue vom Himmel versprochen, aber geliefert haben sie immer nur Armut und Mangel, Unfreiheit und verrottete Krankenhäuser. Traut diesen Typen nicht!

Leider sind sie schlau und zäh und verschlagen: Sie finden immer wieder einen Weg zurück nach oben. Jetzt haben sie das Klima entdeckt, das durch unseren Verzicht, unsere Armut und unseren Mangel angeblich gerettet werden kann. Das ist alles Lüge! Es geht diesen Typen nur um ihren eigenen Aufstieg. Diese Leute wollen wieder oben sitzen und auf uns unten, die arbeitende Bevölkerung, wird wieder eingetreten. Gebt diesen Leuten keine Chance!

Der 17. Juni ist unser Tag, unser Nationalfeiertag gegen den Sozialismus. Halten wir diesen Tag in Ehren, nehmen wir ihn uns frei, gehen wir an diesem Tag nicht zur Arbeit! Feiern wir diesen Tag im Kreis von politischen Freunden, feiern wir ihn mit kreativen Aktionen oder einfach durch unsere Gemeinsamkeit. Feiern wir ihn als rauschendes Fest in Schwarz-Rot-Gold, als Tag der deutschen Freiheit! Machen wir den Kühnerts und Habecks klar: Wir wollen euch nie wieder! Haut

ab!

Nie wieder Sozialismus! Freiheit statt Ökokommunismus!



Maledivens Außenminister fordert Ende von Plastikgeschirr und CO²

Die deutsche Redewendung, dass „jeder erst einmal vor seiner eigenen Haustür kehren soll“, passt wohl kaum besser als bei den anmaßenden und dümmlichen Aussonderungen des maledivischen Außenministers Abdullah Shahid, der jetzt gegenüber der BILD vor dem Untergang seines Inselstaates warnt. Der FOCUS berichtet:

„Ein Teil unserer Inseln und Strände ist schon weggeschwemmt“, sagt Shahid. Wenn der Meeresspiegel weiter steige, gehe Land verloren. Und das habe dann auch Folgen für Europa. „Wir müssen irgendwo hin“, sagt Shahid. „Die nächste große Welle der Klima-Flüchtlinge wird aus Asien kommen.“ [...] Er fordert das Ende der Treibhaus-Emissionen, die Abholzung und den Gebrauch von Einweg-Plastik.

Fangen wir einmal an mit dem (Ende von) Einweg-

Plastikgeschirr. 2017 kamen 1,3 Millionen Touristen mit dem Flugzeug auf die Malediven. Sicher wäre es hilfreich, wenn da alle Fluggäste Messer und Gabel aus Metall statt aus Plastik benutzen würden. In einer im Flugzeug eingebauten Küche könnte man das sicher auch mit Frosch-Spülmittel (biologisch abbaubar und aus Altplastik) wieder schön sauber kriegen und erneut verwenden. Allerdings gäbe es dann auch weniger Platz für die Touristen, und mehr Flugzeuge müssten eingesetzt werden.

Nun zurück zur „eigenen Haustür“ und zum Plastik im Urlaubsparadies: Zwar gibt es auf den Malediven Müllverbrennungsanlagen auf den Touristeninseln. Dennoch:

Metall- und Plastikabfälle der Hauptstadt Malé und einiger nahe gelegener Inseln werden gesammelt und auf der Müllinsel Thilafushi deponiert. Die allermeisten Inseln „entsorgen“ ihren Müll im Meer. So gibt es auch keine Einrichtung, um das Altöl der zahlreichen Boote oder Generatoren zu entsorgen. Der Bauschutt von Hotelbauten landet ebenfalls meist im Meer.

Umweltschutz ist auf den Malediven in der Praxis ebenso wenig vorhanden wie ein Umweltbewußtsein. Gesetze zum Umweltschutz gibt es zwar auf dem Papier, aber ihre Einhaltung wird nicht überwacht, Verstöße werden nicht geahndet.

Das ist nicht gerade eine Einstellung, aus der heraus der Außenminister der Malediven Europäern über Plastik und seine Verwendung dozieren muss. Und warum sind es überhaupt die Europäer, denen Verzicht auf Plastik gepredigt wird? 30 Prozent der Touristen kommen aus China, die größte Gruppe der Europäer, die Deutschen, machen 8,5 Prozent aus. Die großen Drecksschleudern für 90 Prozent des Plastiks, das über Flüsse ins Meer gelangt, sind nicht Elbe und Weser, sondern fließende Kloaken in Asien und Afrika. Wir empfehlen dem Minister sich kundig zu machen, dann dort zu drohen und dort auch neue Siedlungsgebiete ins Auge zu fassen.

Auch mit seinen Erkenntnissen über „Treibhaus-Emissionen“ trat

der maledivische Außenminister nicht vor den chinesischen Volkskongress, sondern klärte darüber höchstpersönlich vor einer Woche in Berlin auf. Er besuchte die „Berliner Klima- und Sicherheitskonferenz“ am 4. Juni 2019 und „diskutierte die wachsenden Risiken, die der Klimawandel für Sicherheit und Frieden kleinerer Inseln bedeute, wie zum Beispiel die Malediven.“

Ob sein Flieger Plastikgeschirr anbot oder solches aus Metall, und ob er ohne Treibhausemissionen nach Deutschland und zurück gelangte, stellen wir einmal in den Raum. Auch, und ganz nebenbei, ob die Touristen aus aller Welt nun weiter mit Flugzeugen kommen sollen oder nicht.

Die Malediven sind nicht nur ein Drecksloch, wenn es um den Umweltschutz geht. Sie sind es auch in ihrer „Weltoffenheit“, zumindest wenn es um Religion geht: „Der Islam ist die alleinige Staatsreligion. Religionsfreiheit wird ausdrücklich ausgeschlossen: Die öffentliche Religionsausübung jeder anderen Religion ist verboten und unterliegt strafrechtlicher Verfolgung.“

Das tangiert (grüne und rote) Besucher aus Deutschland selbstverständlich nicht. Immerhin bekommen sie weiterhin ihren Alkohol, auch wenn das Land sich die nötigen Barkeeper von außerhalb, „aus anderen asiatischen Staaten wie Indien, Sri Lanka und Bangladesch“ besorgen muss. Überhaupt können auch andere Stellen mangels qualifizierter eigener Leute nur mit Ausländern besetzt werden, was die Frage nach den Bildungsschwerpunkten im Lande aufwirft.

Vielleicht sollte Außenminister Abdullah (= „Diener Gottes“) einmal darüber nachdenken, ob statt Koranunterricht und Forderungen an die Europäer nicht Bildung und Aufklärung im eigenen Lande, bei der eigenen Bevölkerung, „vor der eigenen Haustüre“, mehr für Problemlösungen und die Zukunft seines Landes bringen könnte.